

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 20. März 1919

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tagesanzeigen 20 Pf. die fünfspaltige Zeile; Ankl., Verkauf- und alle sonstigen Reklamengänge 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 29

Tarif- oder Berufsgemeinschaft?

Der Gedanke der Tarifgemeinschaft ist uns ein lieber. Aber die Tarifgemeinschaft hat nur noch dann eine Existenzberechtigung, wenn die Gehilfenschaft dabei auch existieren kann. Verlagt die Tarifgemeinschaft hier, so hat sie ihren Zweck verfehlt. Da sagen die Gehilfen „weg damit!“ Das hässliche Gebäude, das wir in 25 Jahren mit Lust und Liebe für das ganze Reich geschaffen haben, wird zusammenstürzen. Und alles wird umsonst gewesen sein, wenn die Tarifgemeinschaft in dieser schweren Zeit verlagert . . . In dieser eindringlichen Weise führte der Gehilfenkreisvertreter von Berlin, Kollege Maßlin, im Verlaufe der letzten Tarifausübungsverhandlungen seine Abwehr der Verschleierungsanträge der Prinzipalität hinsichtlich der Steuerungsulagen. Es war eine führende und maßgebende Stimme der Gehilfenschaft der größten Druckstadt Deutschlands an zukünftiger Stelle, wo in gleich deutlicher Weise auch von den andern Gehilfenvertretern, wenn auch je nach Temperament und geographischer Herkunft in anderer Form ähnliche Gedanken zu wiederholten Malen zum Ausdruck kamen. Aber auch auf der andern Seite lebte es nicht an Urteilen über den Wert der Tarifgemeinschaft, die eine leisergehende Unzufriedenheit in weiten Prinzipaliskreisen ebenso deutlich zu erkennen gaben, nur daß dabei die Tendenz „Los von Berlin!“ der Sache noch einen dunkleren Anstrich gab und auch heute noch gibt. Hüben wie drüben also mehr als genug Konfliktstimmung, die aber im Grunde genommen auf einem Ausgangspunkte beruhen. Es ist die Wagenfrage. Die Unzufriedenheit auf der Gehilfenseite hat ihre Wurzel darin, daß es im Rahmen der Tarifgemeinschaft infolge äußeren Druckes immer schwerer fällt, die Lebenshaltung und die Arbeitsverhältnisse im besondern freier und menschenwürdiger zu gestalten. Daß die Kämpfe, die um jede auch noch so geringe Besserstellung geführt werden müssen, immer schwieriger und bitterer werden, statt leichter und verböhnlicher. Auf Prinzipalseite wird im geringsten tariflichen Zugeständnisse gegenüber der Gehilfenschaft eine neue, fast unerträgliche Erschwerung der Produktionsmöglichkeit gesehen, was aber in Wirklichkeit nur in einer Supplierung der Konkurrenzverhältnisse zu suchen sein dürfte.

Daß es nun trotz dieser außerordentlichen Schwierigkeiten auf beiden Seiten bei der letzten Tarifausübung gelungen ist, oder vielmehr wiederum gelungen ist, eine Verständigung zu erzielen, beweist, daß der Tarifgemeinschaftsgedanke hüben wie drüben doch noch kräftigere Wurzeln hat, als es nach außen hin den Anschein haben dürfte. Für jeden Kenner der Entwicklung der Tarifgemeinschaftsidee im Buchdruckgewerbe ist dies sehr wohl begreiflich. Denn bei wohlüberlegter Prüfung alles Für und Wider bleibt doch für jeden der beiden Tarifkontrahenten auch für die heutige Zeit von der Tarifgemeinschaft immer noch so viel Schätzwertes übrig, daß schon eine ziemlich Portion Unverantwortlichkeit dazu gehört, wenn man leichten Herzens ein solches Werk zu Grabe fragen wollte, an dessen Aufbau die besten Köpfe in beiden Interessentlagern fast ein Vierteljahrhundert lang mit bewundernswürdiger Idealer Hingabe gearbeitet und gearbeitet haben. Daß es trotz dieser Hingabe nicht gelungen ist, restlose Zufriedenheit aller derjenigen zu erreichen, für die das Werk geschaffen wurde, liegt an den Interessentgegenständen des bisherigen Wirtschaftssystems, oder, noch deutlicher gesagt, in der menschlichen Natur überhaupt. Damit mußten auch die Schöpfer und Förderer der Tarifgemeinschaft rechnen, ohne diese Hindernisse von sich aus aus der Welt schaffen zu können. Wo viel Nicht ist, ist auch viel Schaffen, und zwar um so augenfälliger, als es sich hier um ein Gebiet handelt, das Existenz- und Lebensfragen entgegengesetzter Interessentkreise umschließt, und daher von vornherein ohne Kompromisse, d. h. ohne beiderseitiges Einverständnis auf der sogenannten mittleren Linie überhaupt unzugänglich geblieben wäre. Auf solchem

Boden des Existenzkampfes, der durch die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung außerhalb wie innerhalb des Buchdruckgewerbes gegeben war, bildete die Tarifgemeinschaft eine Lösung, die den wenig idealen allgemeinen Gewerks- und Produktionsverhältnissen gegenüber immer noch als ideal aufgefaßt werden konnte. Sie bildete eine Brücke, auf der sich feindliche Brüder eines großen Gewerbes von Fall zu Fall durch Verständigung auf parteilicher Grundlage immer noch besser vor den beiderseitigen Nachteilen eines ununterbrochen aktiven oder passiven Kampfes schützen konnten, als ohne sie. Daß im Laufe dieser Entwicklung von der einen wie der andern Partei gewisse ideale Grundzüge nicht selten verdrängt ausgeleert und insoweit in der Praxis des tarifgemeinschaftlichen und gewerblichen Lebens hüben wie drüben größere oder kleinere Reibungsflächen mit entsprechenden Verfrümmungen immer wieder zu verzeichnen waren, ja überhaupt nicht recht von der Bildfläche verschwinden konnten, darüber kann sich nur wundern und entrüsten, wer von dem Kampf ums Dasein unter der bekannten „bewährten Wirtschaftsordnung“ einen allzu oberflächlichen Begriff hatte oder noch hat.

Es wäre daher auch in der jetzigen Zeit vergebens, wenn wir uns hier bemühen wollten, Licht- und Schattenseiten der Tarifgemeinschaft im einzelnen auszuwählen. Den hellsten Lichtseiten, die wir zu zeigen in der Lage wären, würden ganz gewiß auch sehr tiefe Schattenseiten gegenübergestellt werden, und zwar sowohl von Gehilfen- wie von Prinzipalseite. Und das Ende vom Liede wäre doch nur die Aussicht, daß infolge der geistigen und wirtschaftlichen Umwälzung der neueren Zeit die Gegner der Tarifgemeinschaft nur noch um so lebhafter und entschiedener das nach ihrer Auffassung an unsrer gewerblichen und tariflichen Verfassung „Fehlerhafte“ bekämpfen würden. Da es sich jedoch bei diesem „Fehlerhaften“ meistens um Fragen oder Prinzipien handelt, die auf der einen Seite als das Beste an der Tarifgemeinschaft überhaupt beurteilt werden, während die andre Seite gerade abtrotzen von der Tarifgemeinschaft nichts mehr wissen und sie im Orkus verschwinden sehen möchte, so wäre das Resultat dieses Kampfes der Geister nur ein großer Trümmerhaufen an Stelle des in bald 25 Jahren mit Lust und Liebe erbauten stattlichen Tarifgemeinschaftsgebäudes im Buchdruckgewerbe. Daher heißt es auch hier, den Stier bei den Hörnern packen, damit das Gewerbe als unler beruflicher Nährboden nicht in eine unfruchtbare Wüste verwandelt wird. Auch die Anhänger der Tarifgemeinschaftsidee müssen sich die Freiheit im Sinne Goethes bewahren, daß sie diese nur als die Möglichkeit betrachten, unter allen Bedingungen das Vernünftige zu tun. Und dieses Vernünftige dürfte zweifellos nur darauf beruhen, daß die auch von den treuesten Anhängern der Tarifgemeinschaftsidee schon längst gewünschte gründliche Reform der Tarifgemeinschaft im Sinne der heutigen Zeitströmung der Gewerksbewegung gegenübergestellt wird, und zwar ehe es zu spät ist.

Gewiß steht zur Zeit, da der endgültige Frieden leider immer noch nicht zum Abschluß gekommen ist, immer noch ein Teil grundlegender Voraussetzungen für eine unbedingt zuverlässige Abarbeitung der wirtschaftspolitischen Grundlagen nach innen wie nach außen. Aber andererseits fehlt es auch nicht an unabweislichen Anzeichen und Vorböten, daß die zukünftige deutsche Wirtschaftsordnung auf einem wesentlich andern Boden ruhen wird und ruhen muß, als die bisherige. Die Frage der Sozialisierung der Produktion und Güterverteilung, die zweifellos kommende Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der geistig und körperlich tätigen Arbeiterschaft in diesen Dingen durch Betriebs- oder Arbeiterräte, die teils durch Reichs-, teils durch Landesgesetze immer greifbarere Formen annehmen, werden und können auch das Buchdruckgewerbe nicht unberührt lassen. Dadurch wird auch die bestehende Tarifgemeinschaft sicher in weitgehender Weise beeinflusst. Ja, es liegt sogar die Möglichkeit vor, daß sie schließlich eine durchaus unzulängliche Einrichtung werden könnte, wenn sie nicht schon von vornherein ent-

sprechend dieser Entwicklung reformiert, ausgebaut oder erweitert würde.

Wir sind aber fest überzeugt, daß sich auf dem Weg einer solchen Neuorientierung der Tarifgemeinschaft in eine Berufsgemeinschaft, die sich nicht nur auf Lohn- und Preisstarke beschränkt, sondern den gesamten Produktionsstrom im Buchdruckgewerbe von seiner Quelle bis zur Mündung im Sinne der fortschrittlichsten sozialwirtschaftlichen Entwicklung zu beherrschen und zu regeln suchen müßte, das deutsche Buchdruckgewerbe zu einem vorbildlichen starken technischen und sozialen Glied in der ganzen Kette der zukünftigen deutschen Volkswirtschaft werden kann. Sowohl auf Gehilfen- wie auf Prinzipalseite sind Organisationen nebst Abzweigungen und Einrichtungen vorhanden, die unter dem gemeinsamen Namen einer Berufsgemeinschaft bei paritätischer Zusammenarbeit aller Kräfte zu einer zentralisierten beruflichen Wirtschaftsorganisation in diesem Sinne verbunden werden können. Unbeschadet eines prinzipiell getrennten Wirkens der vorhandenen sozialen Organisationen der Gehilfen wie der Prinzipale könnte durch den Oberbau der Berufsgemeinschaft Produktion und Ertrag des Buchdruckgewerbes nach der goldenen Regel des ökonomischen Grundprinzips, d. h. der Erzielung höchster und bester Leistungen mit dem geringsten Kraftaufwande, geregelt und verteilt werden zum Segen aller Beteiligten. In den Reihen der Gehilfenschaft fehlt es sicherlich nicht an geistigen Kräften, die an diesem sozialen Kulturwerke hervorragende Mitarbeit leisten können. Auch in den Reihen der Prinzipalität dürfte es nicht schwer fallen, befähigte Köpfe zur Einkleidung und Durchführung dieser Aufgaben in den Vordergrund zu stellen.

Es sind keine Utopien, die durch diese Zeilen verfolgt werden, sondern kleinste Notwendigkeiten der Zeitverhältnisse, in denen wir leben. Es würde jedoch im Rahmen dieser Darlegungen zu weit führen, wenn hier auf einmal alle damit zusammenhängenden Einzelfragen technischer wie sozialer Natur einer Erläuterung unterzogen werden sollten. Nur darum kann es sich für uns handeln, daß kundgegeben wird, daß die Gehilfenschaft und deren Interessentvertretung in der neuen Zeit in jeder Hinsicht ihren Mann zu stellen gewillt sind. In welcher Form nun dieses Mitarbeiten am Wohltat des neuen Zeitgeistes zu erfolgen hat, ist noch dahingestellt. Wovon heißt es, nach Möglichkeit Klarheit schaffen über das, was ist und was sein soll. Der neuen Zeitgedanken sind so viele, daß eines Menschen Hirn nicht imstande ist, allein damit fertig zu werden. Hierzu bedarf es der Mitarbeit aller, die eines guten Willens sind. Es kann dem aufmerksamen Leser des „Korr.“ nicht verborgen geblieben sein, daß unersätzlich alles getan wird, was dazu beitragen kann, den Geist und die Hoffnung der Kollegenschaft im Sinne der neuen Freiheitsperiode zu beleben und wach zu halten. Das ist kein Vergnügen, sondern eine ernste Arbeit, zu der jeder eingeladen, aber niemand gezwungen wird. Er möge jauchzen oder schelten, sich ausschließen oder zurückziehen; die Wanderung geht so oder so bergan weiter!

Neue Wege — neuer Geist!

Überall in Kollegentkreisen tauchen jetzt neue Programme der Kurse und Vorträge, welche die Weiterbildung betreffen, auf. Wenn man sich die einzelnen Programme aber ansieht, so möchte ich mich oftmals fragen: Haben die Kollegen den 9. November verfloßen oder träume ich selbst? Aber die technische Seite der Bestrebungen brauche ich wohl nicht zu schreiben, da diese sehr nötig sind, um Lücken bei den ehemals selbstgekauften Kollegen auszufüllen, von denen ja ein Teil direkt von der Lehre hinweg ins Feld mußte. Aber dies Nächstliegende soll aber die Zukunft nicht vergessen werden. Je weiter die politische Umwälzung fortschreitet, um so größer werden die Aufgaben, vor die uns die Zukunft stellt. Beachten wir das nicht, so wird die Entwicklung über uns hinweggehen und wir werden konteraktiver werden als wir es ohnehin schon sind. Wollen wir der neuen Zeit Rechnung tragen, so ist es notwendig, daß auch hier die Fortbildungsarbeit unter den

Sollegen einleht. „Synographische Mitteilungen“ und „Vorr.“ müssen hier nach Kräften helfen. In den Ortsvereinen müssen Lebregänge über Geseheskunde, im besondern über Arbeiterrecht, sowie Kurse über die technischen und ökonomischen Grundzüge der gesamten graphischen Produktion veranstaltet werden. Soweit es sich gegenwärtig Kapitalkaute nötig ist, müssen die ökonomischen Produktionsverhältnisse auch in vulgärer Beleuchtung erörtert werden. Dabei muß aber immer die Gesamtproduktion im Auge behalten werden, denn sonst wird das System der Betriebsräte Schiffbruch leiden oder es wird infolge mangelnder Kenntnisse zu einer Farce. Viele Seiten werden in der Erwägung geschrieben, daß es wohl eine Frage von nicht zu langer Zeit mehr ist, bis sich die einzelnen Verbände zu einem Industrieverband oder -kartell zusammenschließen müssen. Denn sonst wird es wohl nicht leicht sein, eine praktische Durchführung der Übernahme der Betriebe durch Betriebsräte und weiterhin durch die Gewerkschaften zu ermöglichen. Warum heißt es jetzt schon arbeiten und sich vorbereiten, um dann bestehen zu können. Dem Launen oder gar Gegnern der Fortbildungsbefreiungen muß es immer wieder zum Bewußtsein gebracht werden, daß sozialistische Produktion die Anspannung aller technischen und geistigen Kräfte bedeutet. Dann erst werden sich die Vorteile ergeben, welche jeder erhofft. Möglicherweise aber nur, wenn im Gesamtproduktionsprozeß keine Straß- oder Materialverschwendung eintritt, gleichviel welcher Art. Zum letzten aber möge ein jeder auch einmal ein Buch allgemeinerwissenschaftlicher Art zur Hand nehmen, um dadurch das Ziel einer höheren Lebensführung und eines größeren Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiter zu ermöglichen. Dazu muß ein jeder mit helfen, ob alt, ob jung, soweit es seine Kräfte und Verhältnisse erlauben. Dann kann es wieder Wahrheit werden, daß die Buchdrucker Pioniere sind.

Gewerkschaften, Tarife und Arbeiterräte

Die Arbeiterräte waren seit dem 9. November neben den Soldatenräten die politischen und wirtschaftlichen Träger des Staates. Sie haben ihre Schulbildung getan, soweit sie die außergewöhnlichen Verhältnisse meistern konnten. Wenn sie Fehlgänge begangen haben, so muß berücksichtigt werden, daß sie plötzlich vor unvorhergesehenen, ungewohnten Aufgaben gestellt waren und daß sie und da wohl nicht immer die Richtigen gewählt worden sind. Trotzdem haben sie den Beweis erbracht, daß der Staat auch unter ihrer Herrschaft bzw. ihrer Mitarbeit existieren kann. Selbstverständlich konnten sie als Arbeiterräte, was ja auch der Name besagt, im allgemeinen nur die Anerkennung des wertvollen Volkes finden (wozu wohl der Verfasser die geistigen Arbeiter nicht zu zählen scheint. Red.) Dem Kapitalismus war durch diese Institution nicht geholfen, denn diese verlangte volle Demokratie in den Betrieben. Das heißt, sie wollte gleichberechtigt über Ertrag, Lohn, Warenpreis, Arbeitsverhältnis, Schutzbestimmungen usw. mitbestimmen. (Die Voraussetzungen der Ertragsverteilung, d. h. der Ertragsgewinnung, scheint der Verfasser gleichfalls als nebenächlich zu beurteilen. Red.) Das war zuviel verlangt, trotzdem es das ABC des Sozialismus ist, der auch durch die freien Gewerkschaften verkörpert wird.

Neute will ich die jetzt in Berlin aufgeworfene Frage behandeln, ob neben unsern Gewerkschaftsvertretern bzw. neben unserm Tarif auch Arbeiterräte (Betriebsräte) eingeführt werden können. Die Berliner Opposition, die am 16. Februar in einer starkbesetzten Versammlung tagte, hat diese Frage bejaht und eine Kommission gewählt, die die Bildung solcher Räte in die Wege leiten soll. Eine derartige Oppositionsmeinung ist auch in andern großen Druckorten vorhanden, sie ist nur noch nicht aus sich herausgetreten. Serpenterungsversuche wurden von vornherein zurückgewiesen.

Die Opposition ist da. Sie kann nicht mit geringfügigen Abwechslungen abgetan werden. Es nützt keine Vogelstreifenpolitik mehr. Der alte Gewerkschaftsbureaukratenstimmeln muß trotz der Halterknoppheit etwas angezogen werden. Hier heißt es, offene Augen, offene Ohren und offene Sprache. (Daß bei Halterknoppheit auch die beste „Antreiberei“ für die Sache ist, scheint der Verfasser ebenfalls nicht zu wissen. Red.)

Die Berliner Oppositionsversammlung war der Ansicht, daß das Vertrauensmännerstimmeln kein Ersatz für Arbeiterräte ist, weil die Vertrauensmänner zu sehr an den Buchstaben des Tarifs gebunden sind. (Demnach scheinen die „Arbeiterräte“ des Verfassers unabhängig von Gesetz und Berufsrecht zu sein. Red.) Soll denn aber unser Tarif der Semmelbuch unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Fortentwicklung im Sinne der revolutionären Erzeugnisse weiter bleiben? Hat uns unser Tarifverhältnis im Krieg nicht auf ein Niveau herabgedrückt, wie es in der ganzen Gewerkschaftsgeschichte unerbört war? Sollen sich die Berliner Buchdrucker nur nach dem Tarif gerichelt, wo stünden wir heute noch? (Wo und wann hat der Tarif dem Verfasser verwehrt, eine höhere Bezahlung seiner Leistungen zu fordern? Red.)

Was haben wir infolge unser Tarifs und Druckpreispolitik erreicht? Als Übergang etwas höheren Lohns, gleichzeitig aber auch doppelte Druckpreiserhöhung. Würde diese doppelte Warenpreispolitik durch alle Verufe befohlen und sanktioniert, dann würden alle Arbeiter durch die ungleiche Verteuerung ihrer Lebenshaltung immer tiefer in die wirtschaftliche Abhängigkeit und Ungleichheit hinabgedrückt. Sie würden durch die doppelte Verteuerung der unumgänglich notwendigen Konsumartikel, wie Mäher, Zeitungen, Wirtschaftsgüter, Kleidung, Nahrung usw.,

weniger verdienen als zuvor. Der Unternehmerprofi würde sich im Gegensatz dazu steigern. Den Unternehmern bleibt es obendrein unbenommen, über die festgesetzten Druckpreise hinauszugehen, der Arbeiter ist aber an den Tarif gebunden. Nur durch außergewöhnliche Tüchtigkeit, die er sich wiederum nur durch verlorene Selbstbildung erwerben kann, ist er in der Lage, einen Ausgleich dieser Selbstbildungsunföhen durch erhöhten Lohn herbeizuführen. Das ist ein un-demokratischer Zustand! Das ist unsozialistisch gedacht und gehandelt! (Anstößlicher Karl Marx, was wird da an dir gelündigt! Red.) Das ist eine einseitige Bevorzugung untrer Tarifkontrahenten! Daher auch ihre Liebe zu den Gewerkschaften bzw. ihrer Tarifpolitik.

Der Ruf nach Arbeiterräten ist kein rein politischer. Er läßt sich wohl in den Rahmen der Gewerkschaften einfügen. (Ganz unsere Meinung. Red.) Die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses muß auf alle Fälle mehr demokratisiert werden, als dies durch unsern Tarifpolitik erreicht wird und werden kann. Hier sollte der Buchdruckerverband seinen verbliebenen Ruf als Pionier der Arbeiterbewegung wieder einmal zu Ehren bringen.

Diese Erkenntnis ist es aber nicht allein, die die Berliner Opposition befeht. Die Ursachen liegen tiefer. Um nicht kurz zu fallen, werde ich gleich der Sache die Schelle umhängen. Unsere Führer haben es bisher gut verstanden, uns derart zu disziplinieren, daß das Vertrauen der Unternehmer zu den Gewerkschaften im allgemeinen dadurch zweifellos gestärkt worden ist. (Wenn wir nicht wählen, daß der Verfasser in Berlin wohnt, könnte man ihn demnach hinter dem Monde suchen. Red.) Hinzu kam die Kompromißpolitik, die so lange unumgänglich war, als die Gewerkschaften die Massen noch nicht hinter sich hatten. (Na also! Red.) Die Revolution hat heute für die Gewerkschaftspolitik aber eine andre, festere Grundlage geschaffen.

Das Mißtrauen gegen die Gewerkschaftsbureaukratie besteht nun einmal und ist durch nichts zu beseitigen. Dieses Mißtrauen und gegenseitige Mißverstehen mag teilweise unerschwerlich sein. Vieles ist es aber die Schuld der bureaukratischen Instanzenpolitik, daß sich dieses Mißverstehen so tief veruruzeln konnte. (Daß die gewerkschaftliche Instanzenpolitik lediglich eine Folge freier Durchführung demokratischer Grundzüge und in der Hauptsache auf eine gewisse Schwerfälligkeit vieler Mitglieder hinsichtlich einer klaren Unterscheidung zwischen Rechten und Pflichten zurückzuführen ist, scheint der Verfasser auch nicht zu wissen. Red.) Hinzu kommt die bedauerliche Serpenterung der politischen Anschauungen. Früher wurden politische Meinungsverschiedenheiten von der Gewerkschaftspolitik möglichst ferngehalten. Heute ist dies nicht mehr durchzuführen, nachdem die Gewerkschaftsführer während des Krieges offen und tatkräftig in die Spelchen der politischen Kriege eingegriffen haben. Damit haben sie dem Militarismus und hauptsächlich auch dem Kapitalismus mehr geholfen, als den Interessen ihrer Mandatgeber. Sie glaubten im Interesse des Vaterlandes zu handeln und damit zugleich im Interesse der Arbeiterschaft. Die Richtigkeit beider Anschauungen hat sich für Deutschland nicht bewiesen. Nachdem nun der Militarismus zusammengebrochen ist, muß auch der unheilvolle Einfluß des Kapitalismus auf die Wiedereinführung des Militarismus sowie auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft abgebaut werden. Dies ist in erster Linie die Aufgabe der Gewerkschaften, weil sie die wirtschaftliche Macht dazu haben. Anständig waren sie ja auch auf diesen Grundgedanken aufgebaut. Sind die Gewerkschaftsführer jetzt von dieser Erkenntnis abgekommen, müssen sie eben von der Opposition wieder daran erinnert werden. Das beabsichtigt die Berliner Opposition. Weiter habe ich daraus nichts entnommen. (Sollen wir, daß die Berliner Opposition doch noch etwas vernünftiger und objektiver fundiert ist, als der Verfasser, der mit Kanonen nach Späßen schießt. Red.)

Berlin-Nachenberg.

D. Preiber.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Vertrauensmännerversammlung am 24. Februar in den „Müllhöfen“.) Zu der Versammlung waren etwa 1000 Vertrauensleute und Delegierte zur Generalversammlung erschienen, um den Bericht ihres Kreisvertraters Massini über die Tarifausschüttung entgegenzunehmen. In großen Zügen referierte dieser an Hand des Beschlussesprotokolls über diese Tagung. Er wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die gerade diesmal durch die Stellungnahme der Prinzipale zu überwinden waren. Die Mächtigkeit der Prinzipale, die im Dezember mit Hilfe des Demobilisationsamts festgesetzten Feuerungszulagen herabzusetzen, ist von der Gehilenschaft abgewiesen worden. Der Versuch, die Feuerungszulagen um 33 1/2 Proz. herabzusetzen, mußte nach Lage der Dinge ganz selbstverständlich scheitern. Die Feuerungsverhältnisse sind ja seit dem 1. Januar nicht besser, sondern wesentlich verschlechtert worden, so daß eher eine Erhöhung der Feuerungszulagen, als ein Abbau in Frage kommen könnte. Wenn bei dieser Sitzung davon Abstand genommen worden ist, so nur deshalb, um die Mäßigkeit zu schaffen, in der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Gewährung eines Zuschusses für verkürzt Arbeitende eine einigermassen befriedigende Verständigung zu erzielen. Die Durchführung des Beschlusses über die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer würde in Berlin über 800 Gehilfen vom Arbeitsmarkt in Kondition bringen. Aufgabe des Handinhandarbeitens der tariflichen Instanzen des Vorstandes und der Vertrauensleute wird es sein, die restlose Einstellung der Kriegsteilnehmer durchzuführen. Wenn es diesmal

gelingen ist, die Verschlechterungsversuche der Prinzipale abzuwehren, so war das ein Erfolg des geschlossenen Zusammenstehens der Gehilenschaft. Massini gab zum Schluß seiner Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß auch in Zukunft die deutsche Gehilenschaft einig und geschlossen für die Sicherung ihrer Lebenslage eintreten wird. In der sehr lebhaften Diskussion, die sich wieder bis zum Eintritte der Nachtsperrzeit ausdehnte, wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Beschüsse des Tarifausschusses nur bis zu einem gewissen Teile befreit werden könnten. Daß die Prinzipale mit Anträgen kommen könnten, die Feuerungszulagen um 33 1/2 Proz. herabzusetzen, wäre wohl nur unter der Tarifgemeinschaft möglich. Die vorläufige Regelung der Bezahlung der Nachtstunden wurde als eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes bezeichnet. Zu der Aufklärung des Buchdruckerats wurde zum Ausdruck gebracht, daß durch Ausbau der Arbeiterräte ein neuer Buchdruckerat geschaffen werden müsse, welcher den Arbeitern größere Rechte innerhalb der Tarifgemeinschaft zusichere. Es wäre an der Zeit, daß endlich in Zukunft die Beschüsse nicht vorher festgelegt werden, sondern daß die Gehilenschaft ihre Meinung vor der Festlegung zum Ausdruck bringt. Zur nächsten Verbandsgeneralversammlung müßten Anträge gestellt werden, die eine Änderung des bisherigen Systems zur Folge hätten. Aber die Verhältnisse der Rotationsdrucker wurde lebhaft Klage geführt. Die Löhne ständen heute zum Teil fast unter denen der Hilfsarbeiter. Die Maschinen werden immer größer und komplizierter. Wenn die Produktion an einer solchen Maschine verdoppelt wird, so werde allenfalls noch ein Bogenlänger mehr beschäftigt; von der Mehrleistung eines Druckers sei keine Rede. Es erscheine dringend notwendig, bei der nächsten Tarifausschüttung auch tarifliche Sonderbestimmungen für Rotationsdrucker festzulegen. Mitgeteilt wurde auch noch, daß in einer Druckerlei, in welcher jetzt der Banknotendruck wieder aufgenommen wurde, versucht worden ist, ein gewisses Prämienstimmeln zur Einführung zu bringen. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß derartige Prämienstimmeln unter allen Umständen abzulehnen sind. Weiter ist durch eine Eingabe an das Kriegsministerium von diesem eine Verordnung erlassen worden, daß in den Militärdruckerleien, in welchen bisher die Arbeiten von kommandierten Mannschaften hergestellt wurden, in Zukunft nur Zivilarbeiter beschäftigt werden sollen. In Berlin ist diese Verfügung bis auf die Druckerlei des Gardekorps durchgeführt worden. Gegen letztere Druckerlei ist Beschwerde eingelegt worden. Es wäre wünschenswert, daß diese Verordnung auch in den Militärdruckerleien des Reiches zur Durchführung gelangt, damit auf diesem Weg ein Teil der Arbeitslosen Unterhalt findet. Dem Wunsch der Mitglieder, eine allgemeine Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: „Tarifgemeinschaft — Arbeiterräte“, ist der Vorstand nachgekommen. Sie findet am 23. März im „Zirkus Busch“ statt.

Bernau (Mark). Die am 26. Februar abgehaltene Monatsversammlung hatte eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Zunächst wurde der zwölf gefassten Kollegen ehrend gedacht. Dann erfolgte die Aufnahme eines Kollegen. Nach Erledigung verschiedener, die arbeitslosen Kollegen betreffender Angelegenheiten erbob die Versammlung Protest gegen die Anrechnung von Arbeitslosenunterstützung für 89 Tage, die der betreffende Kollege zu Anfang des Krieges bezog. Die Folge davon war seine Aussperrung. Kollege Kortenow schilderte hierauf interessante Fälle aus dem Bürgerausschuß der hiesigen Stadt. Der betreffende Kollege richtete u. a. an den Bürgermeister der Stadt den Antrag, die Drucksachen der Stadtverwaltung nur bei der tariffreien Druckerlei am hiesigen Orte herstellen zu lassen, da die tariffreie Druckerlei nur geringe Beschäftigung. Durch die Vergütung an die tariffreie Firma wäre es möglich, einige arbeitslose Gehilfen unterzubringen. Der Bürgermeister erklärte hierzu, daß die Firma L. Röhr die ihr übertragenen Arbeiten nicht bewältigen könne und es zu wiederholten Malen abgelehnt habe, Drucksachen anzufertigen. Von dieser Werbung wurde die tariffreie Firma Röhr benachrichtigt. Diese war indessen in der Lage, die Forderung des Bürgermeisters glatt zu widerlegen. Die Versammlung beschloß nun einstimmig einen Antrag an den Magistrat, dahin gehend, Drucksachen der Stadt nur in tariffreien Druckereien herstellen zu lassen, um hierdurch arbeitslose Buchdrucker von der Straße zu bringen. Zur Begründung des Antrags wurde das von der tariffreien Druckerlei bereitgestellte Material gegen die Ausführungen des Bürgermeisters den sozialdemokratischen Stadtverordneten übergeben.

t. Bochum. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 19. Februar, zu der die Ortsvereinsvorstände des Bezirkes und die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen eingeladen waren, erstattete unser Gaudofischer Albrecht (Wilm) Bericht über die Tagung des Tarifausschusses in Berlin. In großzügig aufgebautem Vortrage gab der beliebte Redner nach einem Rückblick über die Verhältnisse, die zu dem Zusammenritte des Tarifausschusses im Dezember und dessen vom Reichsdemobilisationsamt funktionierten Beschlüsse geführt haben, ein anschauliches Bild über die letzten Beratungen. Er schilderte eingehend die Schwierigkeiten und Widerstände, die bei der Einführung der Zulage zu überwinden waren, wobei er es nicht unterließ, auch an dem mehr als sonderbaren Verhalten einiger Personale härteste Kritik zu üben. Hier mußte von Draufhaken wegen mit fester Hand gegriffen werden, um den Gehilfen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Auch die Drabstücker im Verlagsbuchhandel wurden vom Redner entprechend gewürdigt. Aber nicht nur für die Buchdruckergehilfen, sondern auch für das Hilfspersonal ist Wesentliches erreicht worden, indem dessen Zu-

lagen bis 31. März volle Gültigkeit haben und in den nächsten vier Wochen Beratungen über eine besondere tarifliche Regelung mit der Hilfsarbeiterorganisation geschlossen werden sollen. Redner erörterte dann noch die getroffenen Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit und gab besorgende Erklärungen über die Bezahlungsfrage und Verteilung der Nacharbeit ab. Einen Rückblick auf seine Ausführungen werfend, erklärte er, daß diesmal die Geschäftsleiter ein Gefühl der Befriedigung hätten. Persönlichkeiten, denen keine Begegnung werden. Die grundsätzliche Ansprache dürfte dazu geführt haben, die Prinzipale zu überzeugen, daß die von einem Teile derselben eingeschlagenen Wege nicht die richtigen waren. Der sehr starke Beifall der Versammlung bewies ihr Einverständnis, das aus allen Diskussionen hervorgeht. Der Vorsitzende Friedemann dankte dem Redner und wandte sich zum Schluß mit einigen treffenden Worten an die Hilfsarbeiter.

Quisburg. Unsere erste Bezirksversammlung in diesem Jahre fand am 16. Februar in Mülheim (Ruhr) statt. Erschienen waren von Quisburg 30, Mülheim 50, Oberhausen 12, Ruhrort 8, Samborn 3 und Sterkrade 1, zusammen 104 Kollegen. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte die wiedererstandene „Typographia“ (Mülheim) einige Forderungen in anerkennenswerter Weise zu Gehör. Nach Begrüßung der erschienenen, besonders der aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen teilte Vorsitzender Palehki mit, daß die erhöhten Feuererzeugnisse im Bezirk glatt, wenn auch unter Vorbehalt, bewilligt worden seien. Dem nunmehr beendeten Weltkrieg sind im ganzen 62 Kollegen aus dem Bezirk zum Opfer gefallen. Zum Andenken an die Gefallenen wurde jedem Kollegen ein Gedenkbüchlein überreicht. Die Frage der Abschaffung der Nacharbeit löste eine rege Debatte aus. Einmütig stellte man sich auf den Standpunkt, daß alles getan werden müsse, um die gesundheitschädigende und alles gewerkschaftliche und gesellschaftliche Leben zerstörende Nacharbeit zu beseitigen. Weiter ging Vorsitzender ausschließlich auf die Spartakusbewegung ein. Redner verurteilte aufs schärfste die Angriffe dieser „Freiheitshelden“ auf die Presse und richtete an die Kollegen die dringende Mahnung, sich nicht von den jenseitigen Phrasen ins Garn locken zu lassen, zumal diese augenblicklich einen heftigen Kampf gegen die Zentralgewerkschaften und deren Funktionäre führen. Kollege Meerwald regte an, in den Bezirksversammlungen aufklärende Vorträge ökonomischer Natur halten zu lassen, um so der Gefahr des Sozialismus, die nicht zu unterschätzen sei, entgegenzuwirken. Den Jahresbericht erstattete Kollege Panzen, den Jahresabschlussbericht Kollege Meßdorf. Der Arbeitsnachweiserwartler, Kollege Fisch, hat die arbeitslosen Kollegen, die Bestimmungen betreffs Lohn und Abmeldung genau innezuhalten. Auch der Vorsitzende des Tarifschiedsgerichts, Kollege Panzen, rügte die nicht rechtmäßige und unvorsichtsmäßige Einleitung der Schiedsgerichtsverfahren. Nach einem lebhaften Appell an die Kollegen, sich allseitig an den so überaus wichtigen Stadtverordnetenwahlen zu beteiligen, erfolgte Schluß der angedeuteten verlausenen Versammlung.

Kalw-Ragold-Mittensteig. Am 2. Februar hielt unser Ortsverein nach vierjähriger Pause seine Hauptversammlung in Kalw ab. Fast alle Kollegen der drei Druckorte waren anwesend. Vorsitzender B. May (Kalw) begrüßte besonders die zurückgekehrten Feldgrauen und gedachte der noch im Osten und in Gefangenschaft befindlichen und kriegsverwundeten Kollegen des Ortsvereins. Namensherlich waren im ganzen 25, gefallenen davon 6 Kollegen. Mit Worten herrlichen Gedankens ehrte der Vorsitzende die uns entlassenen treuen Mitglieder. Dem allgemeinen Bericht ist zu entnehmen, daß in der Kriegszeit nur noch Zusammenkünfte (oft immer in der Wohnung des Vorsitzenden) stattfanden, da nur in Kalw Mitglieder standen. Aber auch die wenigen Mitglieder fanden in ihren Straßen stand, um den ausmarschierenden Kollegen eine Freude zu machen. Vom vergangenen Jahr ist zu berichten, daß in puncto Ausbildung der Kollegen und älteren Bekehrte genau wurde, was man vermochte. Der Vorsitzende brachte es zustande, daß beschlossen wurde, dem Verbands der Typographischen Gesellschaften als korporatives Mitglied beizutreten. Ab 1919 wurde für jedes Mitglied ein Exemplar der „Typographischen Mitteilungen“ bestellt, wie auch für die älteren Bekehrte. Auch einen „Korr.“ erhält jeder Kollege. Die Feuererzeugnisse wurden glatt gewährt, eine Ertragsnachschube erhielten noch die Kollegen des „Kalwer Tagblattes“, die längere Zeit dort tätig sind. Die Klassenverhältnisse des Vereins sind den Verhältnissen entsprechend gute, und dem Vorsitzenden, der seit Kriegsausbruch die gesamten Geschäfte geführt, wurde für die gute Klassenführung Entlastung erteilt. Dem Anschluß an die fachtechnische Organisation stimmten auch die zurückgekehrten Soldatenkollegen freudig zu. Um den Vorsitzenden zu entlasten, wurde Kollege W. Bald (Kalw) zum Leiter des fachgewerblichen Gewerks gewählt. Die Kollegen waren einmütig der Ansicht, daß ein Bezirksverein gebildet werden müsse mit Porsbeim als Vorort. Der Vorstand wurde beauftragt, weitere Schritte in dieser Hinsicht zu unternehmen, da man auch auf diese Weise Gelegenheit erhält, durch Vorträge usw. sich fortzubilden zu können. Eine Anregung der Freundschaftler Kollegen, sich unserm Ortsverein anzuschließen zu wollen, wurde begrüßt; da jedoch die Entfernung eine zu große ist, soll nochmals mit den Freundschaftlern verhandelt werden. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Kriegsvorsitzenden B. May zum Vorsitzenden und Vertrauensmann. Eine Reihe von Vereinsangelegenheiten wurde noch erledigt. Mit einem Appell an die Kollegen, nun mitzuwirken, ein jeder zu seinem Teil, um unsern Ortsverein hochzubringen, aber auch zum Wohle der Allgemeinheit und des Ver-

bandes, schloß der Vorsitzende die harmonisch und anregend verlaufene Versammlung. — Noch einige Stunden blieb man gemüßlich befehlen, bis das Kriegsjubiläum die Porsbeimer Gasse und Mittensteig und Ragolder Kollegen uns entführte.

Bezirk Stolzen. Der am 23. Februar hier abgehaltene außerordentliche Bezirksstag erfreute sich eines Besuches, wie er seit langen Jahren nicht mehr zu verzeichnen war. Trotz der schlechten Wahnverhältnisse waren fast alle Druckorte unseres Bezirks vertreten. Nachdem der Gesangverein „Typographia“ (Stolzen) den Bezirksstag mit dem Lied „Empor zum Licht“ eröffnet, begrüßte Kollege Buch die erschienenen Kollegen, im besonderen den aus dem Felde glücklich heimgekehrten und jetzt wieder amtierenden Gauvorsitzer Kollegen Hannack (Eletlin) namens des Vorstandes, gedachte in ehrenden Worten der auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen, deren Zahl sich durch nachträgliche Meldungen leider auf 25 erhöht hat, streifte kurz die Ursachen der am 9. November v. J. in Deutschland vor sich gegangenen Staatsumwälzung und erstattete Johann den Jahresbericht in ausführlichster Weise, hierbei den wichtigsten Vorkommnissen Rechnung tragend. Im Anschluß hieran gab Kollege Urban eine spezialisierte Aufstellung über Einnahmen und Ausgaben in der Bezirks- und Hauptkasse. Hierbei stelen besonders die hohen Ausgaben für Arbeitslose und Kranke auf. Während erstere auf die plötzliche und schnelle Demobilisierung zurückzuführen seien, sind die letzteren eine Folge der langen Unterernährung. Auf Antrag des Vorstehers wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Nunmehr erhielt Gauvorsitzer Hannack das Wort zu seinem Vortrag über: „Die Tarifauschüttung und die gewerbliche Lage“. In derbehaltsfähigen Ausführungen entscheidete er sich dieses Auftrags in musterwürdiger Weise. Zur gewerblichen Lage übergehend bemerkte der Referent, daß dieselbe zwar ernst, aber durchaus nicht hoffnungslos sei. Wo überall sich Gelegenheit biete, müsse für die Unterbringung der arbeitslosen Kollegen Sorge getragen und eine Herabsetzung der Bezahlungsstufen, die während des Krieges von vielen Prinzipalen übersehen worden sei, gefordert werden. Mehr denn je sei es daher Pflicht aller Gehilfen, für den weiteren Ausbau des Tarifgebührens tätig zu sein und Verhältnisse zu schaffen, die den „Pionieren der Arbeiterschaft“ würdig sind. Lebhafter Beifall folgte diesen Ausführungen. Hierauf wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Diese endete mit der Wiederwahl desselben. Ein Antrag des Ortsvereins Stolzen, wonach allen im letzten Vierteljahr 1918 vom Militär entlassenen Kollegen die vom Dergau gewährte Familienunterstützung (Mietbeihilfe) zu zahlen ist, wurde einstimmig angenommen. Unter „Vertriebenen“ kamen dann noch einige interne Angelegenheiten zur Sprache, und um 3 1/2 Uhr wurde der sehr anregend verlaufene Bezirksstag mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. — Um den holländischen Zusammenhalt zu fördern, schloß sich dem Bezirksstag ein solennes Kirchengesang an, das mit Anbruch der Postzeitung seinen Abschluß fand.

Leipzig. Sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum kann am 22. März der Schriftleiterkollege Adolf Zoch begehen.

Leipzig. Am 24. Februar nahm im „Mbergarten“ eine außerordentlich stark besuchte Gaumitgliederversammlung den Bericht des Gehilfenvertreters über die Tarifauschüttung entgegen. Kollege Vogentz, der eingangs seiner Ausführungen auf das bereits erhellene Beschlußprotokoll verwies, erläuterte in ausführlicher Weise den Gang der Verhandlung. Besonders hob er hervor, wie langwierig und schwierig es gewesen wäre, zu dem vorliegenden Resultat zu gelangen. Mit dem Erfolge könne er seine Zufriedenheit erklären. Der Bericht löste eine große, zum Teil sehr erregte Debatte aus, an der sich fast alle Redner, verschiedene mehrere Male, beteiligten. Fast alle sprachen ihren Unwillen darüber aus, daß die letzte Feuererzeugnisse bis Ende August d. J. festgelegt wurde. Dies sei ein großer Fehler gewesen angesichts der Tatsache, daß längst alles leuter würde. In Leipzig ist bezugnehmendweise das Kriegsjubiläum jetzt wieder um 33 1/2 Proz. erhöht worden. Ein Redner erkennt den guten Willen unseres Gehilfenvertreters an, der das Gute gewollt, jedoch das Böse geschaffen habe. Ebenso wie Berlin müsse Leipzig auf Grund der besonders gelagerten Verhältnisse für sich noch etwas Besonderes herausholen. Redner brachte einen seinen Ausführungen entsprechenden Antrag ein, der die Einleitung einer Kommission verlangt, die mit der Prinzipalität in Verhandlungen eintreten soll betreffs besonderer Lohnabmachungen. Bei einer eventuellen Ablehnung durch die Prinzipale soll mit allen Mitteln dafür eingetreten werden, daß das, was für Berlin zustande gekommen ist, auch für Leipzig durchgedrückt wird. Von anderer Seite wurde der gegenwärtige Zeitpunkt nicht für geeignet betrachtet, mit neuen Forderungen an die Prinzipalität heranzutreten, zumal bei Verkürzungen die Unternehmer verpflichtet sind, einen Teil der Kosten für die Arbeitslosen zu tragen. Schließlich wurde der Antrag bis zu den nächsten Gaumitgliederversammlung zurückgestellt. Einen breiten Raum in der Diskussion nahm die Arbeitslosenfrage bzw. Arbeitslosenfürsorge ein. Wenn die Buchdrucker besonders in Leipzig unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben, so müsse dies mit auf das rigore Verhalten der Buchhändler zurückgeführt werden. Durch das ausgesprochene Zurückhalten der Druckaufträge durch die Buchhändler verhängen dieselben geradezu eine Hungerblockade über die Buchdruckergehilfen. Hiergegen müsse mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gearbeitet werden. Im besonderen durch Bearbeitung der Öffentlichkeit usw. In Sachen der Arbeitslosigkeit müsse nicht nur direkt, sondern durch die Zentralinstanzen eingegriffen werden. Deshalb sei es nötig, mit dem Verbandsvorstand in dieser

Frage in Verbindung zu treten. Aus den Großdruckstätten sollen die jüngeren Kollegen in die Provinz verpflanzt werden. Nachdem Kollege Vogentz in längeren Schlußworten nochmals seinen Standpunkt vertreten, gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heute, am 24. Februar 1919, tagende Versammlung des Vereins Leipziger Buchdruckergehilfen mißbilligt, daß der Tarifausschluß die Lohnbedingungen auf so lange Zeit, bis 31. August d. J., festlegte, da eine weitere Verbesserung aller Lebensbedürfnisse mit Gewißheit in den nächsten Monaten zu befürchten ist. Sie bedauert, den Beschluß des Tarifausschlusses nicht ablehnen zu können. Alle Forderungen, die sich daraus ergeben, lehnt die Versammlung ab. Vor überprüften Forderungen schließt der gesunde Sinn der Buchdruckergehilfen; die schwierige Lage mancher Prinzipale ist nicht zu verkennen. Es ist jedoch nicht möglich, unter Lebenshaltung noch weiter herabzudrücken, was bei gleichbleibenden Lohnbedingungen und weiterer Verbesserung eintreten muß. In der kurzen Zeit seit Einführung der letzten Feuererzeugnisse haben sich die Verhältnisse bereits wieder derart verschlechtert, daß sich eine Erhöhung der Feuererzeugnisse schon jetzt rechtfertigen lassen würde.“ Der Bericht über das vergangene Geschäftsjahr des Gewerkschaftskartells wurde verlesen. Die vor Ausbruch des Krieges amtierenden Vertreter des Gewerkschaftskartells wurden wieder als solche beauftragt.

o o o o Rundschau o o o o

Nachdruckwertes Beispel. Die Genossenschaftsbuchdruckerei in Jena führte ab 14. März die Verbilligung der Arbeitszeit von 8 auf 7 1/4 Stunden an fünf Werktagen und am Sonnabend von 8 auf 6 1/2 Stunden ohne Veränderung in der Entlohnung ein.

Buchdrucker im Kommunalwesen. Bei den Gemeinderatswahlen in Steglitz bei Berlin wurden die Kollegen Louis Reinbach wieder und Paul Mohr in das Parlament neu gewählt. — In Penz 1. S. trat Kollege Richard Biesold, der seine kommunale Tätigkeit während des Krieges unterbrechen mußte, durch Neuwahl wieder in das Stadtverordnetenkollegium ein. — Bei der Stadtverordnetenwahl in Kiel sind die Kollegen Paul Groß und Martin Prüfer wieder und Oskar Gröblich neu gewählt. — In Plön i. Holst.: Friedrich Forstum. — In Dülmen (Westf.): Franz Linden und Jean Schwäbe. — In Volkenhain: Max Berger. — In Quisburg: R. Palehki, W. Müller, B. Fisch und A. Schoch. — In Eisleben: Alfred Straub. — In Striegau: Richard Vierkel. — In Herbolz: Erich Dübe. — In Elberfeld: Oskar Hoffmann, Otto Ebaneh, Hermann Köster, Heinrich Marshall, Theodor Stratmann und Robert Michelhaus. — In Bütow i. P.: R. Wolk. — In Liegnitz wurden drei Kollegen, in Saynau ein Kollege in das Stadtparlament gewählt.

Geschaftsführer, katfollisch und NV., gesucht. Ein Zentrumsvorleger sucht in Nr. 15/16 des „Allgemeinen Anzeigers für Druckereien“ einen Geschäftsführer, katfollisch und NV., für seine mittlere Druckerei im Rheinlande. Man sollte es nicht für möglich halten, daß in dem neuen, freibeiwilligen Deutschland unser Tage noch jemand diese Marke sucht, die den Weg in eine Berufsorganisation noch nicht gefunden hat. Haben wir doch heute Organisationen selbst von höheren Beamten und akademisch gebildeten Berufsgruppen, die sich nicht scheuen, offen zuzugeben, daß sie eine Besserstellung ihrer Lage und Vertretung ihrer Interessen nur auf dem Wege freigerwerblicher Arbeit und Ziele erreichen können. Man halte sich ferner vor Augen, daß heute alle Abmachungen zwischen Unternehmer und Arbeitern fast nur von Organisation zu Organisation erfolgen und daß dadurch für jeden rechtlichdenkenden Arbeiter — mag er nun in gebobener oder untergeordneter Stellung tätig sein — es sich von selbst ergibt, daß er auch einer Berufsorganisation angehört. Aber auch der „Allgemeine Anzeiger“ sollte das Stichwort NV., das man wohlgeborgen in der Versenkung wählte, nicht wieder hervorholen und Anzeigen aufnehmen, die solche einseitige Kennzeichnungen tragen. Es darf eben nicht nur einzig und allein der Verdienststandpunkt für ihn maßgebend sein. Er sollte auch die Zeichen der Zeit verstehen lernen und mit der Zeit voranschreiten, wenn anders er sich nicht den Vorwurf der Rückständigkeit und des Geldverdienens um jeden Preis zu geben will.

Wann wird es wieder blühende Bücher und Bilder geben? Unter dieser Überschrift geht ein Artikel durch die Tagespresse, in welchem ein „bekannter Verleger“ obige Frage in seinem Sinne beantwortet. Bezeichnend ist, daß dieser bekannte Verleger einzig und allein die graphischen Verbände als das Karminet bezeichnet und sie für die hohen Herstellungenskosten der Bücher verantwortl. macht. Er gibt offen zu, daß Arbeit in Stille und Fülle da sei, denn seit vier Jahren seien infolge des Papiermangels gabeltende große Werke zurückgestellt worden. Aber die Erhöhung der Sachkosten bis zu 240 Proz. verbiete die Herstellung. Es wäre zu wünschen, daß der Verleger etwas besser bei der Wahrheit bleibe, denn eine Erhöhung der Löhne bis zu 240 Proz. wird er selbst für Berlin nicht nachzuweisen vermögen. Von den hundertfachen Aufschlägen der Buchhändler und von dem bekannten Ausspruch eines Verlegers, daß er noch an jeder Tarif-erhöhung etwas verdient habe, sagt der Artikelreiber nichts. Nachgewiesenermaßen haben die Buchhändler während des Krieges riesige Summen verdient, so daß ein großer Teil von ihnen mit Ego und Recht als zu den Kriegsgewinnern gehörig bezeichnet werden muß. Denn

